

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 28.05.2009 um 17.35 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat May
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadträtin Stocker (für Stadträtin Schwab)

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos (für Stadträtin Dr. Endres-Paul)
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter (für Bgmin. Regan)

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bgm. Christof

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger

Amtsrat Teichmann

Herr Günther, Leiter des Bauhofes (Ziffer 1)

Dipl. – Ing. Richter (Ziffer 1)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadtrat Günther

Stadtrat Popp (bis 18.20 Uhr)

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Dr. Endres-Paul

Stadträtin Schwab

Bürgermeisterin Regan

Stadträtin Wallrapp

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2003 – 2006 durch den Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) – TZ 14 Erhebung von Gebühren für die städtischen Reinigungsleistungen

A. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht auf den Prüfungsvermerk des BKPV ein und stellt dar, dass hinsichtlich der Straßenreinigung die freiwilligen Leistungen moniert wurden, die die Stadt erbringt. Ferner verweist er darauf, dass das Erheben von Reinigungsgebühren empfohlen wurde bzw. angeregt wurde, die freiwilligen Leistungen zu reduzieren. Er verweist auf das Jahr 2003, wo dieses Thema bereits im Stadtrat diskutiert und mit breiter Mehrheit abgelehnt wurde. Das Erheben einer Gebühr halte auch die Verwaltung für kritisch, da damit ein enormer Verwaltungsaufwand verbunden sei und darüber hinaus nicht alle Kosten umgelegt werden können. Im Übrigen habe das Bauamt die Reduzierung der freiwilligen Reinigungsleistung geprüft. Dies wird durch das Bauamt nicht als empfehlenswert angesehen werde. Abschließend wurde die Vergabe an einen Dritten geprüft, was gegenüber der Reinigung durch den Bauhof laut Gebührenkalkulation des Bauamts ebenfalls unrentabel sei. Nachdem das Landratsamt bereits bei der jüngsten Haushaltsgenehmigung auf das strikte Ausschöpfen aller Einnahmemöglichkeiten verwiesen habe, könne er sich eine Erhöhung der Grundsteuer B vorstellen, nachdem die Stadt Kitzingen mit einem Hebesatz von 315 unter dem Landesdurchschnitt liege und eine Erhöhung in den kommenden Jahren sinnvoll erscheine. Darüber hinaus liege der Hebesatz bei anderen Großen Kreisstädten (17 von 23) zwischen 320 und 380. Abschließend stellt er dar, mit welchen Mehreinnahmen bei den entsprechenden Erhöhungen der Grundsteuer B zu rechnen sei.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Erhöhung der Grundsteuer gegenwärtig nicht zur Disposition stehe und frühestens zu den Haushaltsberatungen 2010 diskutiert werde. Dies sollte losgelöst von der Einführung einer Straßenreinigungsgebühr betrachtet werden.

B. Mit 12 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen
2. Auf die Einführung einer Straßenreinigungsgebühr wird verzichtet.
3. Die Freiwilligen Leistungen der Stadt werden auf ein Mindestmaß reduziert. Zukünftig sollen als Freiwillige Leistungen gemäß Anlage 3 nur noch folgende Straßen in der Innenstadt durch die Kehrmaschine bzw. durch die Handreiniger gereinigt werden:

Innenstadt ca. 2 – 4 x wöchentlich:

Herrnstraße	150 m
Ritterstraße	262 m
Rosenstraße	188 m
Schweizergasse / Marktstraße	<u>330 m</u>

Gesamt **930 m**

Südstadt - nur während des Laubfalls der Bäume nach Bedarf:

Kanzler –Stürtzel- Straße	535 (beidseitig)	1.070 m
Moltkestraße	405 (beidseitig)	810 m
Wörthstraße	450 (beidseitig)	<u>900 m</u>
Gesamt		2.780 m

4. Die Notwendigkeit einer eigenen Straßenkehrmaschine wird bestätigt. Es ist deshalb umgehend eine Kehrmaschine für den Städtischen Bauhof als Ersatz für die defekte Kehrmaschine zu beschaffen.

2. Kommunales Unternehmensrecht - Beteiligungsbericht 2007

- A. Oberbürgermeister Müller verweist auf die Sitzungsvorlage und bittet den Beteiligungsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

2. Bürgermeister Christof fragt nach, ob man hinsichtlich der LKW auch das Gehalt des Geschäftsführers einsehen könne.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass dies nur möglich sei, wenn es im persönlichen Vertrag vereinbart wurde. Nachdem dies nicht der Fall ist, werde das Gehalt des Geschäftsführers nicht veröffentlicht.

2. Bürgermeister Christof bittet zukünftig aufgrund der Transparenz darauf zu achten, eine solche Passage aufzunehmen.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, dies zukünftig zu beachten und weist darauf hin, dass dies nur bei neu abzuschließenden Verträgen möglich sei. Am bestehenden Vertragswerk könne keine Änderung herbeigeführt werden.

B. Ohne Abstimmung

Von dem nach Art. 94 Abs. 3 GO jährlich zu erstellenden Beteiligungsbericht über die Beteiligungen der Stadt an Unternehmen in Privatrechtsform wird für das Jahr 2007 zustimmend Kenntnis genommen.

3. Antrag der Kath. Kirchenstiftung St. Vinzenz auf Gewährung eines Zuschusses zum Ausbau einer Kinderkrippe im Kindergarten St. Vinzenz

Mit 12 : 0 Stimmen

1. Die Stadt Kitzingen erkennt für den Kindergarten St. Vinzenz, Sickershäuser Str. 1, die Bedarfsnotwendigkeit gemäß § 7 Abs. 2 BayKiBiG für 14 Krippenplätze ab Fertigstellung und Inbetriebnahme unbefristet an.
2. Der Kath. Kirchenstiftung St. Vinzenz wird zum Ausbau einer Kinderkrippe ein Zuschuss in Höhe von 50 % der nicht geförderten Kosten gewährt.

4. Öko-Konto: Sachstandsinformation

- A. Amtsrat Teichmann geht ausführlich auf die Sitzungsvorlage sowie alle möglichen Flächen, die zum Ausgleich nach dem Öko-Konto herangezogen werden können, ein. Gegenwärtig liege kein konkreter Fall vor, bei dem auf diese Flächen zurückgegriffen werden müsse.

B. Ohne Abstimmung

Bei der Stadt Kitzingen wird derzeit bereits ein Öko-Konto geführt.

Vom weiteren Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

5. Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für die Dachsanierung am "Sudetenheim", Galgenwasen 42, Kitzingen-Siedlung

A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachvortrag ein. Die Verwaltung schlägt vor, dem Sudetendeutschen Altenclub Kitzingen-Siedlung e.V. einen Zuschuss für die Dachsanierung zu gewähren.

Stadträtin Schmidt gibt zu Bedenken, dass durch diese Entscheidung viele weitere Vereine und Institutionen das gleiche Recht für sich ableiten könnten.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass bei gleichgelagerten Fällen, die Verwaltung dann in gleicher Weise entscheiden müsse. Falls mehrere Vereine und dergleichen einen Antrag stellen, müsse man ggf. nochmals in das Gremium. Darüber hinaus verweist er auf die Bedeutung der Vereine, da sonst für manche Dinge die Stadt in Gänze aufkommen müsse.

B. Mit 11 : 1 Stimmen

Dem Sudetendeutschen Altenclub Kitzingen-Siedlung e.V. wird für die Dachsanierung am "Sudetenheim" im Galgenwasen 42, Kitzingen-Siedlung, eine Zuwendung i. H. v. 10 % der zuwendungsfähigen Kosten (geschätzte Gesamtkosten rd. 9.260 €), höchstens jedoch 930 €, gewährt.

Die Mittel werden bei HSt. 4986 9880 außerplanmäßig bereitgestellt.

Die Zuwendung kann nach Vorlage des Verwendungsnachweises ausbezahlt werden.

6. Anfrage von Stadtrat Moser

Verantwortlichkeit hinsichtlich der Veranstaltung „Genuss überm Fluss“

Stadtrat Moser verweist auf die Veranstaltung „Genuss überm Fluss“, die anlässlich des 350sten Jubiläums des Silvaners am 24.05.2009 auf der Alten Mainbrücke stattfand und fragt nach, wer für die Durchführung verantwortlich sei.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Organisation beim „Fränkischen Gewächs“ lag und die Tourist-Info lediglich logistisch die Koordination für Kitzingen (Bauhof, LKW, Ausschank der Weihhoheiten) übernommen habe. Hiermit möchte er nicht die alleinige Verantwortung auf das „Fränkische Gewächs“ abschieben, wobei die Schuld auch nicht auf die Tourist-Info allein abgeschoben werden darf.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 18.27 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer